LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4

L A N D E S R A T
des
SAARGEBIETES.

III. Wahlperiode / 7. Sitzung.
---
2. Sitzungsperiode 1929.

Stenographischer Bericht

über die am Dienstag, den 28. Mai 1929 im Neuen Sitzungssaale des Rathauses der Stadt Saarbrücken stattgefundene Vollversammlung des Landesrates.

- o -

Vorsitzender Scheuer: Meine Herren! Ich eröffne die Sitzung (9 Uhr 35 Minuten).

Die Regierungskommission ist vertreten durch:

Herrn Ministerial-Direktor Kuchenbecker, als Staatskommissar.

Von den Mitgliedern fehlen entschuldigt die Herren:

Palm (Z)-Saarbrücken; Reichard (Dntl.V.P.)-Saarbrücken; Kommerzienrat Dr. h.c. Hermann Röchling (DSV)-Völklingen.

- o -

Die

T a g e s o r d n u n g

liegt Ihnen vor, sie lautet:

I. Bildung der Kommissionen;

II. Begutachtung der Verordnungsentwürfe betr.:

1) Regelung des Wohnungswesens;

2) Verbot der Verwendung von Wechseln im Gewerbebetrieb im Umherziehen.

Vorsitzender: Das Wort **zur** Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Daub!

Abg. Daub (KP): Meine Herren! Ich stelle den Antrag, daß wir als ersten Punkt der Tagesordnung die Vorfälle in Berlin am 1.Mai besprechen.

(Lachen)

Wir haben ein Interesse daran die Vorfälle zu besprechen, weil wir uns als einen Bestandteil des Deutschen Reiches betrachten.

Vorsitzender: Ich darf dazu bemerken, daß wir in der Fraktionsführerbesprechung darüber einig geworden sind, daß zuerst die Tagesordnung erledigt wird, und daran anschließend Anfragen und Anträge der Parteien, die nicht mit der Tagesordnung zusammenhängen.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Reinhard!

Abg.Reinhard(KP): In der Fraktionsführerbesprechung wurde von der Kommunistischen Fraktion darauf hingewiesen, daß dieser Punkt zur Debatte gestellt wird. Es konnte keine Einigung herbeigeführt werden und vom Vorsitzenden wurde darauf aufmerksam gemacht, daß sich die Parteien darüber einigen müßten. Daraus geht hervor, daß sich das Plenum darüber schlüssig werden muß. Ich ersuche den Vorsitzenden, eine Abstimmung über diesen Antrag herbeizuführen. Sollte aber die Mehrheit des Hauses mit der Beratung einverstanden sein, dann würden wir uns auch so damit einverstanden erklären.

Vorsitzender: Meine Herren! Wir haben bis jetzt immer so verfahren, daß zuerst die Tagesordnung erledigt wurde und dann anschließend die Anträge usw., die nicht mit der Tagesordnung zusammenhängen. Ich frage Sie,ob wir weiter so verfahren sollen.

Wer dafür ist, daß wir so verfahren wie bisher, möge die Hand erheben.- Dafür stimmt die Mehrheit.-

Damit treten wir in die Tagesordnung ein. Wir kommen zu Punkt 1 derselben betr.:

BILDUNG der KOMMISSIONEN.

Es ist vorgeschlagen, die Kommissionen in der bisherigen Besetzung bestehen zu lassen. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, ist der erste Punkt erledigt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung betr.:

BEGUTACHTUNG der VERORDNUNGSENTWÜRFE

a) Regelung des Wohnungswesens

wird vorgeschlagen, die Vorlage in die 3.und 5. Kommission

zu

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

zu verweisen. Widerspruch erhebt sich nicht; ich stelle Ihr Einverständnis fest.

Ich schlage vor, am nächsten Freitag mit der Kommissionsberatung zu beginnen. Auch hier stelle ich Ihr Einverständnis fest.

b) Verbot der Verwendung von Wechseln im Gewerbebetrieb im Umherziehen.

Es ist im Interesse der Vorlage gelegen, diese möglichst sofort zu verabschieden.

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Becker!

Abg.Becker (Z): Meine Herren! Ich darf namens der Zentrumsfraktion erklären, daß wir der Verordnung zustimmen und daß es wünschenswert ist, daß dieses Verbot der Wechselausgabe beim Hausiergeschäft möglichst bald in Kraft tritt.

Wir bedauern, daß es nicht möglich gewesen ist, auch zivilrechtlich die Wechselgeschäfte zu bekämpfen. Nach diesem Gesetz tritt lediglich eine strafrechtliche Verfolgung ein, wenn ein Wechsel im Hausiergeschäft gegeben wird. Man hat theoretisch erst die Möglichkeit einzuschreiten, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist, und dann lassen sich meist die Folgen für die beteiligten Kreise nicht mehr abwenden. Um ihnen ein Bild davon zu geben, wie notwendig es war,gesetzlich hier einzuschreiten, mögen Sie daraus ersehen, daß in einem kleinen Orte an der Nordgrenze des Saargebietes Forderungen in Höhe von etwa 150 000 Franken bei Hausierern laufen und diese zum größten Teil in Wechseln. Wenn nun auch die Hausierer bestraft worden wären, wäre die Forderung doch bestehen geblieben. Man darf gleichzeitig auch die Hoffnung aussprechen, daß unsere Rechtsprechung sich mehr wie bisher in diesen besonderen Fällen des geschädigten Käufers annimmt. In fast allen Fällen sind diese Bestellungen der ahnungslosen Hausfrauen höher,als das Monats-Einkommen des Mannes. In Saarbrücken sind mir Urteile zu Ohren gekommen, wonach den betreffenden Käufern Rechtshilfe nicht gewährt worden ist. Vielleicht liegt es auch daran, daß nicht der richtige Rechtsanwalt zugezogen worden war. In Deutschland sind in letzter Zeit Urteile gefällt worden zugunsten des Haushaltungsvorstandes, wenn die Frau übermäßig hohe Bestellungen gemacht hatte, die das Monatseinkommen des Mannes überstiegen. Sie hatte dadurch die ihr zustehende Schlüsselgewalt überschritten, die Gerichte haben zu Gunsten des Ehemannes entschieden.

Es gibt im Saargebiet zweierlei Hausiergewerbe. Wir haben zunächst ein sehr altes Hausiergewerbe,Leute,die ihr Geschäft anständig und ordentlich betreiben. Der Hausierhandel ist außerdem der einzige Erwerbszweig für viele Invaliden und Pensionäre des Saargebietes.

Daneben ist im Saargebiet seit etwa 1920 aber eine Sorte Hausierer aus dem Osten zugezogen. Erst seitdem diese Sorte von Hausierern ihre Tätigkeit ausübt,sind die Klagen aufgetaucht, die sich immer mehr verstärkt haben.Es ist heute noch unbegreiflich, wie diese Leute so schnell im Saargebiet festen Fuß gefaßt haben. Man muß sich aber darüber wundern,daß es möglich war, daß diese Hausierer so ohne weiteres im Saargebiet die Saareinwohnerschaft bekommen haben. Es ist für einen anständigen Deutschen recht schwer, das wissen Sie wohl alle,die Saareinwohnerschaft zu bekommen. Aber diese Leute haben in ganz kurzer Zeit die Saareinwohnerschaft erhalten. Ich habe bereits vor 6 Jahren im Landesrat darauf hingewiesen, daß in der Polizei merkwürdige Zustände bestehen. Wie alles, was der Landesrat bekanntlich gesagt hat, sind diese meine Ausführungen nicht beachtet worden. Ohne daß ich einem Toten zu nahe treten möchte- Herr Dörfert ist ja inzwischen gestorben-, muß ich doch sagen,daß unter seiner Protektion und unter der Oberhoheit des Herrn Adler und des Herrn Rollin diesen Leuten in ganz kurzer Zeit die Saareinwohnerschaft verliehen worden ist. Ich glaube,

wenn

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4

wenn man heute noch eine Prüfung über die Rechtmäßigkeit vornehmen würde, so würde manches Strafverfahren anhängig gemacht werden können und wir würden dann wohl recht viele lästige Ausländer ausweisen können. Hier ist der Hebel, an dem die Regierungskommission ansetzen muß. Das Saargebiet hätte dann Ruhe vor manchem Blutsauger und viele Familienväter würden weniger ins Unglück gestürzt werden. Die Regierungskommission oder die betreffende Abteilung der Regierungskommission muß sich die Bewerber um einen Wandergewerbeschein sehr genau ansehen. Ich glaube,wenn das mehr geschehe und wenn da bei der Auswahl mehr Sorgfalt beobachtet würde, dann könnten wir vielleicht schon in 1 oder 2 Jahren dieses Gesetz wieder als überflüssig aufheben. Vor allem muß Grundgesetz sein, daß ein Ausländer, sei es auch, daß er auf geradem oder krummen Wege die Saareinwohnereigenschaft bekommen hat, einen Wandergewerbeschein nur dann erhalten darf, wenn in dem betreffenden Lande, aus dem der Ausländer stammt, die Gegenseitigkeit verbürgt ist. Ich glaube, wohl sagen zu können, daß das Saargebiet mit Polen keinen Gegenseitigkeitsvertrag hat. Aber ebensowenig hat das Saargebiet mit Frankreich einen derartigen Gegenseitigkeitsvertrag.

In diesem Zusammenhange muß ich auch meine alte Klage wiederholen, daß Reiselegitimationen für Geschäftsreisende, die im Saargebiet ausgestellt sind, in Frankreich heute immer noch keine Gültigkeit besitzen, während umgekehrt die französischen Legitimationskarten schon seit 1921- am 1.Februar 1921 hat die Regierungskommission eine besondere Verordnung erlassen - im Saargebiet Gültigkeit haben. Auf das Unwürdige und Unhaltbare dieses Zustandes ist schon wiederholt verwiesen worden. Die Wirtschaftsabteilung der Regierungskommission, an die sich die beteiligten Gewerbekreise, insbesondere die Handelskammer,Schutzverein usw. gewandt haben, hat seinerzeit die merkwürdige Behauptung aufgestellt, daß die Gegenseitigkeit zwischen Frankreich und dem Saargebiet dadurch verbürgt sei,daß eine hiesige private Stelle die franco-saarländische Handelskammer, in der Lage sei, gegen Gebühren Legitimationen für Geschäftsreisende nach Frankreich auszustellen. Das ist natürlich keine Gegenseitigkeit,und nachdem man ihr das klar gemacht hat, hat sie sich mehrere Jahre in Schweigen gehüllt. Hier kann ich auch auf meine damaligen Ausführungen nochmals verweisen. Es scheint tatsächlich so zu sein, daß man in Frankreich wünscht,daß das Saargebiet von den berühmten,sagenhaften 2 Millionen möglichst viel beziehen, daß aber umgekehrt der Verkehr des Saargebietes nach Frankreich möglichst erschwert werden soll. Wir wünschen, daß diese letzte Mahnung in dieser Beziehung nun tatsächlich fruchtet. Ich glaube, wir hätten, wenn wir nach Genf gingen, eine sehr gute Position, wenn wir dort darlegen würden, daß die Regierungskommission es immer noch nicht fertig bringt,ihre Souveränität zu wahren und sich gegen den französischen Widerstand durchzusetzen.

Vorsitzender

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hoffmann!

Abg.Hoffmann(SP): Ich kann nur sagen, daß meine Fraktion der Vorlage zustimmt und auch die Verabschiedung heute anerkennt, weil nach unserem Dafürhalten die Vorlage beschleunigt erlassen werden soll.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Reinhard!

Abg.Reinhard (KP): Das ist auch der Standpunkt der Kommunistischen Fraktion.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmoll!

Abg.Schmoll(DWP): Wir stimmen auch zu!

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

Abg.Schmelzer(DSV): Wir stimmen ebenfalls zu!

Vorsitzender: Damit stelle ich die einstimmige Annahme der Vorlage fest.

Wir kommen dann zu den verschiedenen in der Fraktionsführerbesprechung angekündigten Anfragen. Zunächst die Anträge der Zentrumspartei:

" Der Landesrat wolle beschließen, die Regierungskommission wird ersucht, die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, um der durch die Frostschäden des letzten Winters verursachten trostlosen Lage der saarländischen Landwirtschaft zu steuern.

B e g r ü n d u n g:

Unbeschreiblich große Not herrscht allenthalben bei der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung in Anbetracht der furchtbaren Frostschäden, die der letzte Winter gebracht hat. Weizen,Wintergerste,Winterhafer, Klee und Grünfutter sind größtenteils vernichtet,sodaß eine Neubestellung,soweit Saatgut zu beschaffen war,stattfinden mußte. Kartoffeln und Knollengewächse sind zum großen Teil erfroren. Eine außerordentliche Futterknappheit ist zu verzeichnen,weil erstens im vergangenen Jahre infolge des trockenen Sommers der zweite Schnitt ausblieb und zweitens in diesem Jahre die Vegetation viel zu spät einsetzte.

Auch sind infolge des strengen Winters durch Verwendung von erfrorenem Futter und der eingetretenen Futterknappheit an dem Viehbestande durch Unterernährung, Fehlgeburten,Sterben von Jungtieren (Ferkeln) große Schäden zu verzeichnen. Außerdem sind sehr viele Obstbäume durch den harten Frost eingegangen.

Zur Linderung der durch diese angeführten Schäden entstandenen Not schlagen wir der Regierung folgende Maßnahmen vor:

1) möglichst bald von amtswegen ortsweise unter Hinzuziehung der Ortsbehörde und der örtlichen Berufsvertretung die jetzt zu übersehenden Frostschäden feststellen lassen;

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4

2) durch eine Hilfsaktion den Betrag für das infolge des Frostes neu aufgewendete Saatgut zu ersetzen;

3) die in diesem Jahre noch fälligen Staats-und Gemeindesteuern zu erlassen, weil den Landwirten durchweg das Geld fehlt, diese zu bezahlen."

Vorsitzender: Das Wort hierzu hat Herr Abgeordneter Reinhard!

Abg.Reinhard (KP): Zu dem Antrag der Zentrumsfraktion stellen wir noch folgende Ergänzungsanträge:

Es heißt hier unter 3): die in diesem Jahre noch fälligen Staats-und Gemeindesteuern zu erlassen,weil den Landwirten durchweg das Geld fehlt, diese zu zahlen."

Wir ersuchen, daß das erweitert wird dahingehend, daß sämtlichen Pensionären und sonstigen Invaliden, die besteuert sind, die Steuern ebenfalls zu erlassen sind.

Außerdem, daß bei allen Lohnsteuerpflichtigen, deren Einkommen unter 1200 Franken liegt, ebenfalls sofort die Steuern erlassen werden.

Wir ersuchen, das dem Zentrumsantrage hier anzufügen.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmoll!

Abg.Schmoll (DWP): Meine Herren! Ich stimme dem Antrag des Zentrums voll und ganz zu.

Die Landwirtschaft hat unter den Frostschäden katastrophal gelitten. Ich erlaube mir, den Antrag noch zu erweitern und auf den Hausbesitz auszudehnen.

(Lachen des Abg.Reinhard!)

Einen ähnlichen Antrag habe ich schon einmal eingebracht.

(Zuruf v.d.Kommunisten: Die Mieter können verrecken!

Herr Reinhard,Sie lachen. Wenn Sie wüßten, wie gerade die kleinen Hausbesitzer, die auch Sie schützen müßten, durch die Frostschäden gelitten haben, -Wasserleitungen, Klosetts usw. sind zerstört worden- dann würden Sie anders denken. Es gibt ganz verzweifelte Fälle, die gerade Sie unterstützen müßten,Herr Reinhard. Ich kenne Fälle in Burbach, wo die Leute geradezu ruiniert sind, wenn ihnen nicht eine Hilfe zuteil wird. Die betreffenden Hauseigentümer können die Reparaturkosten aus ihrem Einkommen nicht zahlen, sie werden gezwungen,Schulden zu machen. Es handelt sich hier nicht etwa um eine Unterstützung eines Standes, was ich ausdrücklich hervorheben möchte,sondern es handelt sich um die Milderung einer Katastrophe, die einzelne unserer Mitmenschen betroffen hat. Das sind die Landwirte und die Hausbesitzer. Wir müssen die Regierungskommission bitten, daß sie hier einen kleinen Fonds - im Verhältnis zu dem großen Etat der Regierungskommission spielt das gar keine Rolle -

zur

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4

zur Verfügung stellt, aus dem auf Antrag und nach Prüfung der Bedürftigkeit - diese Prüfung wollen wir absolut haben- auch dem Hausbesitzer geholfen wird.

Vorsitzender: Von der Zentrumspartei liegt ein weiterer

Antrag

vor, welcher lautet:

" Der Landesrat bittet die Regierungskommission, den Gemeinden durch Vorschüsse - oder auf andere geeignete Weise zu helfen - bei denen durch die starken Frostschäden erhebliche unvorhergesehene Ausgaben entsanden sind.

Eine Anzahl Gemeinden sind finanziell durch die unvermeidbaren Ausgaben, die durch Frostschäden entstanden sind, nicht mehr in der Lage, die vorgesehenen dringlichsten Aufgaben auszuführen."

Das würde sich in etwa mit den bereits gemachten Ausführungen decken.

Das Wort hierzu hat Herr Abgeordneter Reinhard!

Abg.Reinhard (KP): Meine Herren! Herr Schmoll hat hier einen Antrag eingebracht, den Zentrumsantrag auf die kleinen Hausbesitzer zu erweitern.

Die Kommunistische Fraktion hat schon vor Monaten einen Antrag eingebracht betreffend der Frostschäden. Aber in der Frage der Frostschäden von Wasserleitungen usw. muß es auch in erster Linie die Pflicht der Kommunen, der Wasserwerksverbände, sein, dafür zu sorgen, daß die kleinen Hausbesitzer, für die Herr Schmoll ja eine Lanze bricht, nicht dafür herangezogen werden. So hat u.a. die Wasserwerksverwaltung Ludweiler, die eine kommunistische Mehrheit hat, schon vor Monaten beschlossen, daß die sämtlichen Frostschäden von der Verwaltung getragen werden. Außerdem hat die Kommunistische Landesratsfraktion hier in der Vergangenheit immer gefordert, die Steuereinkünfte anders zu verteilen. Noch in einer Serie von Eingaben in der letzten Periode haben wir darauf hingewiesen, daß es ein unhaltbarer Zustand ist, daß die Regierungskommission mit ihrer Landeskasse die Steuereingänge schluckt, und die Kommunen nicht imstande sind, ihre sozialen und kulturellen Aufgaben zu erfüllen. Der Antrag des Zentrums, der hier in Bausch und Bogen sagt: allen Landwirten die Steuern zu erlassen " und nichts sagt von den wirklich Notleidenden, von den Rentenempfängern, von den Invaliden, von denjenigen Leuten, die nicht mehr aus noch ein wissen, der ist in dieser Form für uns unannehmbar. Es gibt auch Rittergutsbesitzer hier im Saargebiet, die sollen nach diesem Antrag keine Steuern zahlen. Das können Sie doch nicht gut verlangen. In dieser Form kann die Kommunistische Partei dem Antrag unmöglich zustimmen. Wir wissen nicht, was die Arbeiter der Zentrumspartei zu einem derartigen Antrag zu sagen haben. Die Arbeiter, die

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8 A4

die in ihren Betrieben für einen Hungerlohn schuften müssen, sind jedenfalls nicht damit einverstanden, wenn den Gutsbesitzern im Saargebiet die Steuern erlassen werden. Wir wissen nicht, was die kleinen Beamten und Angestellten dazu sagen werden, die den Löwenanteil an Steuern aufbringen müssen, die in der Landeskasse verschwinden.

Wir als Kommunisten müssen mit allen Mitteln gegen den Antrag in dieser Form Stellung nehmen.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hoffmann!

Abg.Hoffmann(SP): Meine Herren! Die Frage ist sehr unklar. In der Fraktionsführerbesprechung hat das Zentrum nur eine diesbezügliche Anfrage angekündigt. Dem Hause liegen jedoch von ihm zwei Anträge vor. Ich stelle fest, daß im Zentrum die Frage selbst nicht genügend geklärt ist.

Ich beantrage deshalb Verweisung in die Kommission. Außerdem ist es auch so, daß das Zentrum in dem einen Antrag, in der Begründung Forderungen aufstellt und den anderen Antrag nicht näher begründet.

Ich beantrage also Verweisung in die Kommission, damit ein einheitliches Gutachten an die Regierungskommission gelangt. Es hat praktisch gar keinen Zweck, daß wir 6 bis 7 Meinungen der Regierungskommission unterbreiten. Die Möglichkeit besteht, daß wir in der Kommission ein einheitliches Gutachten über diese Frage aufstellen.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Levacher!

Abg.Levacher (Z): Wir sind mit der Überweisung in die Kommission einverstanden.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

Abg.Schmelzer(DSV): Wir haben auch den Wunsch, daß diese Anträge in die Kommission gebracht werden. Über die Anträge ist schon einmal gesprochen worden und zwar in einer Stadtverordnetenversammlung der Stadt Saarbrücken. Man muß sich auch über die Folgen und über die Tendenz dieser Anträge klar sein.

Wir beantragen ebenfalls Verweisung in die Kommission.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmoll!

Abgeordneter Schmoll(DWP): Meine Herren! Ich nehme an, daß mein Antrag so einfach und selbstverständlich ist, daß er einer Kommissionsberatung gar nicht bedarf.

Vorsitzender: Der Antrag ist also in die Kommission verwiesen.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

Vorsitzender: Wir kommen zu dem nächsten

A n t r a g,

welcher lautet:

"Der Landesrat wolle beschließen, die Regierungskommission wird ersucht, der Zolldirektion die Anweisung zu geben, das kürzlich eingelegte Eilzugpaar Saarbrücken=Boppard bezüglich der Zollrevision wie Schnellzüge zu behandeln.

B e g r ü n d u n g :

An der französischen Zollgrenze in Namborn sind an Pfingst-Montag unhaltbare Zustände zu verzeichnen gewesen. Sämtliche Reisende einschl. der Kinder, auch wenn letztere schliefen, mußten den Zug auf eine halbe Stunde verlassen und im Zollgebäude verbringen. Infolge des starken Reiseverkehrs an diesem Tage war das Zollgebäude stark überfüllt. Die Zollkontrolle wurde sehr lax gehandhabt und als überflüssig empfunden, da an diesem Tage sowohl im Reiche wie auch im Saargebiet die Geschäfte geschlossen waren, infolgedessen zollpflichtige Gegenstände wohl kaum mitgeführt werden konnten. Im Interesse einer reibungslosen Abwicklung der Zollkontrolle an genannter Stelle ist es dringend erwünscht, wenn dieses Eilzugpaar hinsichtlich der Zollkontrolle wie Schnellzüge behandelt wird."

Hierzu erteile ich dem Herrn Abgeordneten Angel das Wort!

Abg.Angel(Z): Meine Herren! Wenn ich Ihnen da eine Schilderung geben darf von den Zuständen am Pfingstmontag auf dem Zollbahnhof in Namborn, so ist man sich einfach nicht klar darüber, wie das alles geschehen kann. Am Pfingstmontag waren 19 Wagen dieses Eilzuges voll besetzt. Der Bahnhof Namborn war beinahe zu klein, um alle Reisende, die wegen der Zollrevision den Zug verlassen mußten, zu fassen. Alle Reisende, auch die Kinder, die durcheinander schrien, mußten den Zug verlassen und sich eine halbe Stunde lang im Zollgebäude aufhalten. Die Zollkontrolle wurde sehr lax gehandhabt, und man hatte den Eindruck, als wenn sie ganz überflüssig sei.

Ich glaube, daß der Antrag unbedingt befürwortet werden muß.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hoffmann!

Abg. Hoffmann(SP): Meine Herren! Ich glaube, daß man diesen Antrag noch etwas weitgehender behandeln muß. Ich möchte darauf hinweisen, daß diese Mißstände bezüglich der Zollrevision nicht nur auf das Eilzugpaar Saarbrücken - Boppard zutreffen, sondern daß man sie auch bei den Arbeiterzügen vorfindet. Ich bitte daher, diesen Antrag auch in die Kommission zu verweisen.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Levacher!

Abg.Levacher (Z). Meine Herren! Ich schlage vor, daß man sämtliche Anträge in die Kommission verweist.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Weiß!

Abg.Weiß(KP): Meine Herren! Die Zustände, die einerseits von der deutschen Bevölkerung bei den französischen Zollbehörden gerügt werden, bestehen andererseits auch bei den deutschen Zollbehörden. Ich habe die Erfahrung gemacht,daß die deutschen Zollbehörden in dieser Beziehung nicht besser sind wie die französischen.

Meine Herren, wenn Sie schon verlangen, daß der Zollverkehr an der Grenze eine Erleichterung finden soll, dann verlangen wir, daß der Antrag dahin ergänzt wird, daß die Zollschranken allgemein ganz fallen müssen.

Vorsitzender: Ich nehme an, daß sich sämtliche Parteien der Verweisung des Antrages in die Kommission anschließen.

Dann liegen noch zwei Anträge der Zentrumspartei vor, welche lauten:

1)"Der Landesrat wolle beschließen, die Regierungskommission zu ersuchen, die materiellen Bestimmungen in der Invaliden-,Hinterbliebenen-und Angestelltenversicherung den Reichsbestimmungen anzugleichen.

2) Der Landesrat wolle beschließen, die Regierungskommission zu ersuchen, dem Landesrat noch in dieser Sitzungsperiode die angesagte Knappschaftsnovelle vorzulegen."

Sollen diese Anträge auch in die Kommission verwiesen werden ?

(Zuruf des Abg.Levacher: Nein!)

Die Anträge waren in der Fraktionsführerbesprechung angekündigt worden. Dem Herrn Staatskommissar ist Mitteilung davon gemacht worden. Er wird dazu das Wort nehmen. Wenn die anderen Anträge erledigt sind, ist dem Herrn Staatskommissar Gelegenheit gegeben, die Fragen zusammen zu behandeln.

Die Kommunistische Fraktion hat eine Anfrage angekündigt bezüglich der Lohnfrage bei den Eisenbahnern. Das Wort hierzu hat Herr Abgeordneter Reinhard!

Abg.Reinhard (KP): Meine Herren! Der zuletzt von der Regierungskommission vorgelegte Ist-Etat, das war der Rechnungsabschluß von 1926, hat ergeben, daß bei der Eisenbahnverwaltung entgegen dem Voranschlag kein 50-Millionen Defizit vorhanden war, sondern daß ein Überschuß herausgewirtschaftet worden ist. Die Regierungskommission hat in der Vergangenheit bei Forderungen der Eisenbahner auf Erhöhung der Löhne immer wieder auf die Tatsache verwiesen,

daß

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8

A4

daß die Eisenbahn ein Zuschußbetrieb sei. Ferner ist behauptet worden, daß die Löhne der Eisenbahner stets noch höher ständen, als die Löhne bei der Privatindustrie. Die Praxis hat das Gegenteil gezeigt, und deshalb sind die Eisenbahner dazu übergegangen, Lohnforderungen zu stellen. So hat z.B. der Arbeiterausschuß der Eisenbahnwerkstätte St.Wendel bei der Regierungskommission unter dem Datum vom 24.April eine diesbezügliche Lohneingabe eingereicht. Ich betone ausdrücklich am „24.April", worüber heute, Ende Mai, noch keine Antwort eingegangen ist. Die Regierungskommission, Abteilung Öffentliche Arbeiten, hat anscheinend so viel Arbeit, daß sie nicht in der Lage war, auf diese Eingabe bisjetzt zu antworten. Das ist ein Beweis dafür, daß der Regierungskommission ein Dreck daran liegt,ob die Arbeiter der Staatsbetriebe Löhne haben um leben zu können oder nicht. Zu derselben Zeit hat die Regierungskommission für sich selbst bezw. für ihre Mitglieder gewaltige Gehaltserhöhungen vorgenommen. Für die Arbeiter hat man nicht einmal eine Antwort übrig. Außerdem ist die Regierungskommission jetzt dazu übergegangen und versucht, bei den Eisenbahnbetrieben die geteilte Arbeitszeit einzuführen. Man will die Achtstundenzeit durchbrechen und eine einstündige Pause einlegen, um so die Arbeiter den ganzen Tag an die Betriebe zu fesseln. Dagegen hat bei den Arbeitern ein Sturm der Entrüstung Platz gegriffen. Die gesamten Eisenbahnarbeiter aller Betriebe und die in dem Einheitsverband der Eisenbahner zusammengeschlossenen Arbeiter haben dazu Stellung genommen und die Gewerkschaften haben der Regierung ihren Standpunkt übermittelt. Die Regierungskommission hat bis heute nicht einmal darauf geantwortet. Wir fragen den Vertreter der Regierungskommission, wie die Regierungskommission zu diesem Verhalten kommt und was sie zu tun gedenkt,um die berechtigten Forderungen der Eisenbahner auf Erhöhung der Löhne und auf Beseitigung der geteilten Arbeitszeit sowie auf Gleichstellung der Arbeiter mit den Beamten in Bezug auf die Kinderzulagen zu erfüllen.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hoffmann!

Abg.Hoffmann(SP): Meine Herren! Ich kann darauf hinweisen,daß wie eine Menge Anfragen an die Regierungskommission gestellt haben, die schriftlich niedergelegt sind und die ich jetzt zur Verlesung bringen werde.

1) Ist der Regierungskommission bekannt,daß die Firma Meguin zu Dillingen fast sämtliche Arbeiter entlassen will,wovon bereits ein großer Teil entlassen ist. Was gedenkt die Regierungskommission zu tun,damit die Stillegung dieses Betriebes vermieden wird ?

2) Ist der Regierungskommission bekannt,daß verschiedene Ausschußmänner der Dillinger Hütte gemaßregelt worden sind und was gedenkt die Regierungskommission zu tun, damit die Rechte der Ausschußmänner als die gewählten Vertreter der Arbeitnehmer erweitert werden,damit solche Maßregelungen,welche nur als Schikanen angesehen werden können,vermieden werden ?

3) Bis wann gedenkt die Regierungskommission dem Landesrat die neue Knappschaftsnovelle zur Begutachtung zugehen zu lassen,damit auch der Ausbau der knappschaftlichen Pensionsversicherung erledigt wird ?

4) Ist die Regierungskommission bereit, die geforderte Staatshilfe für die Knappschaft zu gewähren und neben derselben eine angemessene Beitragserhöhung zu verfügen,damit auch eine Pensionserhöhung Platz greift ?

5) Ist der Regierungskommission die große Erregung der Arbeitnehmer bei den Eisenbahnen des Saargebietes bekannt,erzeugt durch die ungerechte Verteilung der Kältezulage und durch die Einführung der geteilten Arbeitszeit für die Oberbauarbeiter ? Was gedenkt die Regierungskommission zu tun, damit die Beschwerden dieser Arbeiter abgestellt und den Anträgen derselben und ihren Organisationen entsprochen wird ?

Die Regierungskommission muß dafür sorgen, daß die Entlassungen der Arbeitnehmer in diesen Betrieben verhindert werden,daß diese sogar durch den Zwang der Regierungskommission unterbunden werden, wenn keine anderen Möglichkeiten vorhanden sein sollten.

Es ist auch weiter notwendig, daß die Regierungskommission endlich den Ausbau der Rechte der Ausschußmänner vornimmt.

Ferner ist unbedingt der beschleunigte Erlaß der Knappschaftsnovelle notwendig,desgleichen muß die Staatshilfe, die auch im Reiche durchgeführt wird,auch an der Saar durchgeführt werden.

Dann glauben wir, darauf hinweisen zu sollen, daß die Eisenbahnergewerkschaften eine Verteilung der

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

Kältezulage beantragen, die ein Mehr von 800 000 Franken ausmacht. Der Betrag, den die Regierungskommission bewilligte, macht 450 000 Franken. Diese Verteilung bringt gewaltige Härten mit sich und steht dem Zustande im Reiche diame tral gegenüber. Der Lokomotivführer z.B. erhält Kältezulage, während der Rangierer, der dauernd in der Kälte herumläuft, keine Kältezulage bekommt. Hier soll die Regierungskommission den Wünschen und Forderungen der Gewerkschaften Rechnung tragen.

Betr. der Durchführung der ungeteilten Arbeitszeit sind die Forderungen der Gewerkschaften berechtigt. Es soll sogar der Herr Minister von Ehrnrooth gesagt haben, daß bei der Einführung der durchgehenden Arbeitszeit keine Ersparnis zu erzielen sei. Während der Pause liegt der Betrieb still und wenn ungeteilt gearbeitet wird, wird durchgearbeitet. Also die Wünsche der Eisenbahner-Gewerkschaften unterstützen wir,möchten aber darauf hinweisen, daß nicht ein einzelner Arbeiterausschuß Lohnbewegungen einleiten kann. Herr Reinhard,wenn der Arbeiterausschuß von der Werkstätte St.Wendel eine Lohnbewegung machen will, dann macht dies die ganze Gewerkschaft und nicht eine bestimmte Gruppe allein. Wir unterstützen die Forderungen der Gewerkschaften und ersuchen die Regierungskommission, daß die ungeteilte Arbeitszeit durchgeführt wird.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Reinhard!

Abg.Reinhard (KP): Meine Herren! Der Herr Abgeordnete Hoffmann hat erklärt, daß seine Partei die Forderungen der Gewerkschaften unterstützt, und hat durchblicken lassen, daß ihnen die Forderungen des Arbeiterausschusses St.Wendel „schnuppe" sind.

Was betreffen diese Forderungen der Eisenbahner an die Regierungskommission ? In einem Schreiben an die Regierungskommission hat der Arbeiterausschuß seine Forderungen niedergelegt; es heißt in diesem Schreiben:

" Der unterzeichnete Arbeiterausschuß der Werkstätte St.Wendel unterbreitet der Abteilung Öffentliche Arbeiten der Regierungskommission nachstehende Forderungen der Arbeiter des Steinbergwerks Oberlinxweiler. Die Bezahlung erfolgt wie nachstehend:

dann folgt die Tabelle, und es heißt dann weiter:

"Seit Ende dieses Monats wird ein über den andern Tag Kleinschlag gefördert. Für den Transport der Erde wird keine Mehrleistung gezahlt. Dies bedeutet einen Ausfall von ungefähr 8 Franken pro Tag.
Wir ersuchen die Regierungskommission.....usw."

Dieser Ausschuß dort war in seiner Geschlossenheit Mitglied des Einheitsverbandes der Eisenbahner und ist aus demselben ausgeschlossen worden wegen seiner Überzeugung. Dieser Ausschuß ist gezwungen, die Interessen der dortigen Arbeiter bei der Regierungskommission zu vertreten. Es sind dies gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, die aufgrund ihrer revolutionären Gesinnung aus dem Verbande ausgeschlossen wurden. Wenn nun Herr Hoffmann hierher kommt und unterstützt die Regierung, so beweist das, daß es Ihnen(z.d.Soz.)nicht darauf ankommt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, sondern Ihre Zusammenarbeit als Gewerkschaftsführer mit der Regierungskommission erneut zum Ausdruck zu bringen. Wir fordern, daß die Regierung dem gewählten Ausschuß Antwort gibt.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmoll !

Abg.Schmoll(DWP): Meine Herren! Das Aufwertungsgesetz hat nunmehr das Licht der Welt erblickt und es ist gut, daß diese Materie zum Abschluß gekommen ist. Ich will auch heute nicht weiter darauf eingehen. Ich hätte nur gewünscht, daß die Regierungskommission

(Zuruf des Abg.Daub: Sie gehören doch nicht zur Deutsch-Saarländischen Volkspartei!)

Hören Sie nur zu, dann schwätzen Sie kein so dummes Zeug. Wenn Sie in der Fraktionsführerbesprechung dagewesen wären, hätten Sie gehört, daß ich den Antrag angemeldet hatte.

(Zuruf des Abg.Reinhard: Sie haben gesagt, daß Sie eine Anfrage einbringen werden !)

Ich hätte nur gewünscht, daß die Regierungskommission nach Erlaß des Aufwertungsgesetzes auch auf die Hausbesitzer Rücksicht genommen hätte. Das Gesetz lädt dem Hausbesitzer ungeheuere Lasten auf; 6 % Zinsen muß der Hausbesitzer als Hypothekenschuldner zahlen und zwar rückwirkend ab 1.Januar 1928. Das istveine ganze bedeutende Belastung und ich hätte gewünscht, daß die Regierungskommission in Anbetracht dieser außerordentlichen Belastung des Hausbesitzers als Aquivalent höhere Mieten gegenübergestellt hätte. Aber trotzdem hat die Regierungskommission die alten Mietsätze verlängert. Ich protestiere in aller Form gegen diese Art der Behandlung der Hausbesitzer. Ich stelle mich auf den Boden des nunmehr von der Deutsch-Saarländischen Volkspartei formulierten Antrages. Es ist nicht zu verstehen, daß die Regierungskommission an solche Sachen nicht denkt.Wenn die Regierung an das Aufwertungsgesetz gedacht hätte, dann hätte sie zu derselben Regelung kommen müssen wie im Reiche. Dort ist man, als die Aufwertung einsetzte, dazu übergegangen, dem Hausbesitzer höhere Mieten zu geben. Ich will auch gleich das Thema anschneiden, auf welches vielleicht doch eingegangen wird,nämlich daß der Hausbesitzer im Reich durch die Hauszinssteuer auch mehr Abgaben hat als im Saargebiet. Die Regierungskommission hat diese Steuern nicht notwendig, sie brauch auch nach ihrer eigenen Denkschrift die Steuern auch dann nicht zu erhöhen, wenn die Saar-Anleihe kommt. Das arme Deutsche Reich dagegen hatte solche Steuern nötig. Man darf hier nicht sagen, weil die Steuern in Deutschland sind, müssen sie auch hier eingeführt werden. Wir sind auch außerdem steuerlich keineswegs besser gestellt als im Reich. Wir verlangen, daß eine Mieterhöhung eingeführt wird, zumal ein großer Teil von Mietern hohe Neubaumieten zahlen muß. Über diese Frage werden wir ja anläßlich der Beratung der Wohnungsvorlage noch sprechen. Ich verlange aber heute, daß die Regierungskommission ihren Beschluß,wonach die niedrige Miete bis zum 31.Juli festgesetzt wurde, revidiert und zwar möglichst bald.

Vorsitzender

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8

A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

Abg.Schmelzer (DSV): Meine Herren! Aus Kreisen der Regierungskommission hört man den Einwand, daß bei Erhöhung der Mieten der Lohn erhöht werden müsse. Mein Parteifreund,Herr Röchling, hat im Beisein eines Mitgliedes der Regierung erklärt, daß er der Meinung ist, daß die Lohnerhöhung,die durch eine Erhöhung der Mieten kommen müsse,für die Industrie tragbar sei.

(Zurufe: Hört, hört !)

(Zuruf des Abg.Reinhard: Das ist ja glänzend!)

Herr Reinhard, wenn Sie sich mit diesen Dingen beschäftigen würden, dann würden Sie nicht lachen. Es ist zwecklos, daß man sich mit Ihnen darüber unterhält. Wenn die Industrie einsieht, daß, wenn der Hausbesitz gestärkt wird sie rückwirkend ebenfalls gestärkt wird, und wenn ein namhafter Industrieller des Saargebietes erklärt, die Einwendungen der Regierungskommission sind nicht stichhalting, dann wird dieser Vorwand wohl hinfällig sein. Dann ist erforderlich, daß die Regierungskommission handelt,wenn sie sich nicht dem Vorwurf aussetzen will,daß sie nur die Interessen der fremden Industrie und der Bergwerksverwaltung wahren will.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Heckler!

Abg.Heckler(KP): Ich muß konstatieren als Mitglied der Kommission, welche den Mietpreis festsetzt, daß die Freunde des Herrn Schmoll und des Herrn Schmelzer viel sozialer denken bei der Festsetzung der Mietpreise, als sie selbst.

(Zuruf des Abg.Schmelzer: Ich habe keine Freunde in der Kommission!)

Ich weiß nicht, ob die Mitglieder des Studienausschusses nicht ihre Freunde sind. Jedenfalls stellen wir fest,daß alle,die dort Anwesenden, alle, die in der Kommission teilnehmen, den Standpunkt vertreten, daß ohne eine Erhöhung der Löhne eine Erhöhung der Mieten überhaupt nicht stattfinden könnte. Das ist der einstimmige Grundsatz, der stets und ständig dort vertreten wurde, und der hat nur allzu gut seine Berechtigung.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kiefer!

Abg.Kiefer (Z): Meine Herren! Die Anträge, die vom Zentrum vorliegen, decken sich zum Teil mit denen, die von der sozialdemokratischen Partei vorgebracht worden sind, soweit die Sozialversicherung in Frage kommt. Sie decken sich auch mit dem, was hier im Landesrat verschiedentlich gefordert worden ist. Wenn wir fordern, daß die materiellen Bestimmungen in der Invaliden=und Hinterbliebenenversicherung sowie Angestelltenversicherung denen des Reiches angepaßt werden sollen, dann ist das glatt möglich ohne eine Beitragserhöhung, wie selbst von der Abteilung Sozialversicherung uns zugesagt worden ist. Es ist also für die Regierungskommission eine Kleinigkeit,diese Sätze heraufzusetzen, weil dadurch eine Belastung der Wirtschaft oder eine Belastung der Versicherten nicht nach sich gezogen wird.

Dann verlangt die Sozialdemokratische Partei eine Staatshilfe für die Knappschaft. Es handelt sich auch hier um eine Forderung,die seit einiger Zeit von den zuständigen Arbeiterorganisationen erhoben wird und die dieserhalb mit den zuständigen Regierungsmitgliedern in Verhandlungen stehen. Wenn die Gewerkschaften es wünschen, daß die politischen Parteien die Sache unterstützen, dann sind wir da. Ich glaube, es wäre notwendig,wenn die Regierungskommission in di sen Fragen nicht so zögernd handelte, sondern eher zu einem Entschluß sich bereit fände, damit endlich die Knappschaftskasse in Ordnung käme und das große Defizit, über das der Saarknappschaftsverein verfügt,beseitigt werden könnte.

Alle übrigen Forderungen, die aufgestellt sind,brauchten nicht gestellt zu werden,wenn der zuständige Regierungskommissar etwas klüger vorginge. Wenn Berufsgruppen durch ihre anerkannte Berufsvertretung, und das sind die Gewerkschaften heute (-sie sind durch den Tarifvertrag als die berufene Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt-) etwas fordern, dann fordert es das Gebot der Klugheit,möglichst schnell sich mit ihnen an den Verhandlungstisch zu setzen,damit nicht unnötige Erregung in den beteiligten Kreisen wächst. Falls es zutreffen sollte,daß man auf die Forderungen der Eisenbahner-Gewerkschaften keine Rücksicht nimmt,dann wäre das nicht gutzuheißen. Viel Unzufriedenheit könnte vermieden werden,wenn man versuchte, möglichst bald mit den zuständigen Vertretern die verschiedenen Streitigkeiten zu schlichten. Es ist sehr unklug, zu versuchen, die ungeteilte Arbeitszeit bei der Eisenbahn zu teilen ,ohne die betreffenden Berufsvertretungen gehört zu haben. Das schafft immer unnötige Erregung. Alles dies kann vermieden werden,wenn man derartigen Streitigkeiten die Grundlagen entzieht und sie mit den Arbeiterführern bespricht. Wird nachgewiesen, daß durch die geteilte Arbeitszeit eine Verteuerung des Arbeitsproduktes und eine Verteuerung der Lebenshaltung für die Arbeiterschaft entsteht, dann muß dem Rechnung getragen werden

und

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

und es muß bei dem bisherigen Zustand der ungeteilten Arbeitszeit verbleiben. Alles das kann gelöst werden, wenn man, sobald eine Eingabe eingeht, einen nahen Termin bestimmt zwecks Besprechung aller notwendigen Fragen. Es ist auch sehr unklug, gegen die Vertreter der Arbeiter, gegen die Ausschußleute vorzugehen. Die Leute sind verpflichtet auf Grund der in Frage kommenden Bestimmungen die Rechte der Arbeiter wahrzunehmen. Die Rechte der Ausschußleute hier an der Saar sind sehr kümmerlich. Sie entbehren des notwendigen Schutzes. Und die politischen Parteien in Verbindung mit den Gewerkschaften aller Richtungen haben von der Regierungskommission längstens gefordert, das Arbeitsrecht auch auf die deutsche Grundlage zu stellen, das gerade den gewählten Vertretern der Arbeiter und Angestellten auch eine breitere und bessere Rechtsgrundlage zu geben vermag. Daran fehlt es, und weil es daran fehlt, kann man eben die Arbeitervertreter mundtot machen. Das führt zu unerquicklichen Zuständen. Die Regierungskommission muß möglichst bald den geäußerten Wünschen nachgeben, damit auch hier die Rechtssicherheit geschaffen wird.

Betreffend Wohnungsmiete werden wir, wenn die Verordnung verabschiedet wird, das Notwendige von unserem Parteistandpunkte aus sagen. Die erste Kommissionssitzung soll ja grundsätzlich zu dem Problem Stellung nehmen, sodaß Gelegenheit geboten ist, das Notwendige zum Ausdruck zu bringen. Wenn die alte Wohnungsverordnung nur bis zum 30. Juni läuft, dann war es zweifellos unklug, die Miete bis Ende Juli festzusetzen. Sie durfte nicht länger laufen, als die Verordnung selbst, weil, wenn die Regierungskommission die Ansicht der Parteien gehört hätte, man gemäß der zum Ausdruck gebrachten Äußerungen dann nachher in der Mietfestsetzung hätte vorgehen können. Ich lasse mich heute nicht auf die Frage ein betreffend Erhöhung der Löhne und Gehälter und Erhöhung der Miete. Jedenfalls haben wir die Erfahrung gemacht, daß immer hart und bitter um die notwendige Erhöhung der Löhne und Gehälter gekämpft werden mußte. Wenn also die Möglichkeit besteht in verschiedenen Industriekreisen - und wir freuen uns darüber -, daß bei einer Mieterhöhung auch die Löhne und Gehälter entsprechend heraufgesetzt werden könnten, sind wir damit einverstanden. Wenn die Löhne und Gehälter erhöht werden, wird auch die Arbeiterschaft freudigen Herzens der Mieterhöhung zustimmen.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Reinhard!

Abg.Reinhard (KP): Meine Herren! Zu dem Antrag der Sozialdemokratischen Partei, der Saarknappschaft eine Zulage aus Steuermitteln des Saargebietes zu geben, müssen wir feststellen, daß verantwortlich für die Knappschaftskasse die französische Bergwerksverwaltung ist. Die französische Bergwerksverwaltung ist derjenige Faktor, der aus der Arbeit der deutschen Bergarbeiter hier Reingewinne herausschuster.

(Zurufe der Kommunisten: Sehr gut !)

Und nun kommt die Sozialdemokratie und fordert, daß von den Steuergroschen der Steuerzahler des Saargebietes d.h. wieder der Bergarbeiterschaft wieder der übrigen Arbeiterschaft, die durch die Steuerpolitik der Regierungskommission bis zum Weißbluten zahlen muß, die Zulage zur Saarknappschaft aufgebracht werden soll, während die Bergwerksverwaltung an Beiträgen zur Knappschaftskasse verschont werden soll. Wir werden gegen diese Forderung die gesamte Arbeiterschaft des Saargebietes mobil machen. Es kann unmöglich so sein, daß die Steuergroschen der eigenen Arbeiter dazu verwandt werden, um die Knappschaftskasse zu speisen, wo die Bergwerksverwaltung dazu gezwungen werden müßte. Die Dinge liegen doch ganz klar und einwandfrei. Wenn wir die Macht hätten und könnten die Unternehmer und Profitler zwingen, die Steuern zu zahlen, um diejenigen von der Steuer zu entlasten,die heute belastet sind, dann wäre die Frage eine andere. Es ist heute im Saargebiet so, daß nicht diejenigen die Steuern zahlen, die sie zahlen müßten und zahlen könnten, sondern daß die Armsten der Armen, die Invaliden, die Opfer der Arbeit und des Krieges, die Steuerlasten aufbringen müssen. Und Sie fordern von der Regierungskommission, daß diese Steuermittel der Bergwerksverwaltung geschenkt werden sollen, damit sie ihre Profite vergrößern und ihre Beitragsleistung herabsetzen kann. Wir fordern nach wie vor, daß die Beitragsleistung zur Knappschaftskasse die Bergwerksverwaltung allein durchzuführen hat. Das ist eine uralte Auffassung von uns. Es war früher auch eine Forderung der freien Gewerkschaften. Im Interesse der Klassenpolitik haben Sie ja auch einmal diese Auffassung vertreten. Seitdem Sie sich zum Anwalt der bürgerlichen Parteien gemacht haben, ist das anders geworden. So berührt es auch eigenartig,daß Herr Hoffmann sich hier hinstellt und größere Rechte für die Ausschüsse fordert. Als 1927 die Bergwerksverwaltung eine Reihe Sicherheitsmänner auf die Straße warf, die gleichzeitig Kommunisten waren, da hat die Gewerkschaft, der Herr Hoffmann als Sekretär angehört, keinen Finger gerührt,um die Maßnahme der Bergwerksverwaltung zu verhindern. Sie haben es indirekt unterstützt, daß diese Leute auf die Straße geworfen wurden.

(Zurufe der Kommunisten: Sehr gut !)

Sie waren diejenigen, die der Bergwerksverwaltung geholfen haben, diese lästigen Kritiker an der reformistischen Politik los zu werden. Heute stellen Sie sich hierher und

<u>wollen</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

wollen angeblich die Rechte der Ausschüsse erweitert haben. Und hat nicht vor einigen Tagen in Berlin ein sozialdemokratischer Aufsichtsrat die gewählten Sicherheitsmänner auf die Straße geworfen ? Sie haben den Arbeiterrat entlassen. Dort und hier stellt man sich hin und sagt: wir wollen größere Rechte ! Wir fragen uns: was soll diese Komödie, die hier gespielt wird? Wir stehen auf dem Boden, den die freien Gewerkschaften schufen, die Interessen der Arbeiter zu wahren. Aber es muß in den freien Gewerkschaften auch wirklich wieder der Geist des Klassenkampfes einziehen, und es müssen die freien Gewerkschaften wieder zu dem gemacht werden, was sie bei ihrer Schöpfung gewesen sind. Diese Dinge betrachten wir so,meine Herren. Wir denken nicht daran, daß die Regierungskommission die Rechte der Ausschüsse erweitert. Sie ist ja die berufene Vertreterin des Ausbeutertums. Durch diese Forderung der Sozialdemokratischen Partei wird das Interesse der Bergwerksverwaltung vor das Interesse der Arbeiter gestellt. Gerade dadurch werden die Ausschußmänner gemaßregelt, weil sie keine Rechte in ihren Gewerkschaften mehr haben, und gerade dadurch kann die Regierungskommission brutal gegen die Ausschüsse vorgehen, weil sie keine Rechte mehr in den Betrieben haben. Sie tragen in erster Linie die Schuld, daß heute die Arbeiterschaft in den Betrieben keine Rechte mehr hat. Aus diesem Grunde stehen wir auf dem Standpunkt, daß es Sache der Arbeiterschaft ist, für die Erweiterung ihrer Rechte selbst zu kämpfen.Von der Regierungskommission erwarten wir nichts in der Beziehung. Sie aber (zu den Sozialdemokraten und dem Zentrum) kämpfen in den Gewerkschaften gegen unsere Forderungen und gegen die Interessen der Arbeiter. Die Sache geht sogar so weit, daß Sie stillschweigend dulden,daß die Leute, die für die Interessen der Arbeiter eintreten, gemaßregelt werden, anstatt daß Sie für ihre Ausschußmänner eintreten.

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abg.Hoffmann!

Abg.Hoffmann(SP): Meine Herren! Ich glaube, daß ich mich nicht in eine größere Diskussion mit dem Herrn Reinhard einzulassen brauche. Ich stelle zu den letzten Äußerungen des Herrn Reinhard nur fest, daß sogar ein Parteifreund des Herrn Reinhard in Ludweiler durch die Klageerhebung des Bergarbeiterverbandes die Klage gewonnen hat. Also kommt der Herr Reinhard hierher, um Märchen zu erzählen, obwohl er ganz genau weiß,daß das Gegenteil der Fall ist.

Dann möchte ich anregen, daß der Herr Staatskommissar, der die Anfragen vorhin zur Kenntnis genommen hat, sich über diese Anfragen orientiert und dazu Stellung nimmt. Ich stelle fest, daß wir keine Anträge gestellt haben, sondern daß wir nur angefragt haben, und ich glaube, daß der Herr Staatskommissar bereits die Möglichkeit hat, diese oder jene Anfrage beantworten zu können. Ich stelle weiter fest,daß ich nicht gesagt habe, daß mir die Anträge der Arbeiterausschußmänner in St.Wendel „schnuppe" seien. Herr Reinhard soll nur einmal richtig zuhören,dann wird er schon feststellen, daß wir als Sozialdemokraten die Unorganisierten nicht in den Vordergrund schieben wie die Kommunisten,sondern daß wir uns in erster Linie für die Organisierten einsetzen.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abg.Petri(SP)!

Abg.Petri (SP): Meine Herren! Bezüglich des Antrages über die sofortige Erhöhung der Zwangsmieten stehen wir auf dem Standpunkt,daß wir bei der Beratung der Vorlage genügend Gelegenheit haben, dazu Stellung zu nehmen. Da Herr Schmelzer schon angedeutet hat, daß der Herr Röchling als eine der Großindustrie angehörende Person der Meinung ist,daß eine Lohnerhöhung im Verhältnis der Mieterhöhung von der Industrie getragen werden könne, kann die Zeit zur Erhöhung der Löhne ausgenützt werden bis die Beratung der Vorlage soweit gediehen ist.Wenn bis dahin eine Lohnerhöhung durchgeführt wird,dann wird die Diskussion über diese Frage umso leichter sein.

Was die Äußerungen des Herrn Reinhard betreffen, so stelle ich fest, daß denkende Gewerkschaftler diese Äußerungen nicht mehr ernst nehmen können. Die Äußerungen sind so lächerlich,daß man sich eigentlich garnicht damit beschäftigen soll. Die Gewerkschaften treten immer für ihre Funktionäre,falls sie bei Befolgung der Gewerkschaftsparolen Schaden leiden,ein. Sie übernehmen natürlich für solche Funktionäre der Kommunistischen Partei,die nach den kommunistischen Experimenten Gewerkschaftspolitik machen wollen,keine Verantwortung. Diese Verantwortung mag die Kommunistische Partei tragen. Für die Funktionäre jedoch, die sich nach der Gewerkschaftsparole richten,übernimmt der Bergarbeiterverband die volle Verantwortung. Unsere Funktionäre sind in den Auseinandersetzungen zwischen den Arbeitgebern und den Betriebsfunktionären immer noch zu Recht gekommen,soweit wir gesetzliches Arbeitsrecht im Saargebiet haben. Damit glaube ich die Äußerungen des Herrn Reinhard genügend erwidert zu haben.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hey!

Abg.Hey (KP): Meine Herren! Ich muß noch zu einer Sache Stellung nehmen, die sehr wichtig ist. Es betrifft die

Erwerbslosenfrage.

Bekanntlich sind die Bestimmungen über die Erwerbslosenfürsorge so, daß der Erwerbslose nach 26 Wochen Erwerbslosigkeit ausgesteuert wird. Auf Grund der Verhältnisse im Saargebiet und auf Grund der Rationalisierung der Betriebe im Saargebiet müssen wir feststellen,daß wir Erwerbslose haben, die nicht mehr in den Produktionsprozeß hineinkommen können. Die Erwerbslosen, die heute schon auf Grund der abgelaufenen 26 Wochen ausgesteuert sind, sind unmittelbar der Not und dem Elend preisgegeben. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, daß die Kommunen auf Grund der Steuerpolitik der Regierungskommission die finanziellen Aufwendungen, die sich daraus ergeben,tragen können. Der Herr Schmoll hat schon gesagt:„Die Regierungskommission schwimmt im Geld!" Das kommt einfach daher, daß die Regierungskommission allen denen, die nicht viel oder nicht mehr haben, das Wenige noch wegnimmt und denen gibt, die alles haben.

Wir verlangen von der Regierungskommission,daß unbedingt Mittel zur Verfügung gestellt werden für die Erwerbslosen, die ausgesteuert sind. Wir haben z.B. in Dudweiler immer noch 374 Erwerbslose, von denen schon 110 ausgesteuert sind. Eine Unterstützung der Ausgesteuerten durch die Gemeinden ist da natürlich nicht mehr möglich.

Es ist erforderlich, daß die Regierungskommission so schnell wie möglich hilft, denn die Not der ausgesteuerten Erwerbslosen schreit zum Himmel. Ich richte daher an den Herrn Staatsanwalt die Anfrage,was die Regierungskommission in dieser Frage zu tun gedenkt.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Daub!

Abg.Daub (KP): Meine Herren! Ich möchte nur sagen, daß die Art der Geschäftsführung heute morgen den Eindruck erweckt,als wenn die Anträge der Kommunistischen Partei nicht genügend gewürdigt würden.

Vorsitzender: Ich bin nach der Geschäftsordnung verpflichtet,dem Herrn Staatskommissar zu jeder Zeit das Wort zu geben. Der Herr Staatskommissar wird sich zu allen Anfragen, die an ihn gerichtet worden sind, äußern. Zu diesem Zwecke erteile ich dem Herrn Staatskommissar das Wort!

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8

A4 1

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Kuchenbecker!

Staatskommissar Kuchenbecker: Meine Herren! Ich begrüße zunächst die beschleunigte Verabschiedung des Verordnungsentwurfes betr. Verbot der Verwendung von Wechseln im Gewerbebetrieb im Umherziehen, die auch von der Arbeitskammer dringend gewünscht wird. So viel mir bekannt ist, wird die Ausstellung von Wandergewerbescheinen von der zuständigen Stelle sehr eingehend geprüft, und es wird sorgfältig erwogen, ob und inwieweit eine Beschränkung der Zahl der Wandergewerbescheine eintreten kann und muß.

Zu der Behandlung der Reiselegitimationskarte kann ich mich nicht äußern, da ich darüber nicht orientiert bin.

Ich gehe jetzt, soweit es mir möglich ist, auf die Anfragen ein, die mir während der Sitzung gestellt worden sind. Da möchte ich zunächst vorausschicken,daß ich dringend bitten muß, die Anfragen möglichst schriftlich zu formulieren und früher einzureichen. Ein Teil der heute gestellten Anfragen ist für mich ganz neu, ein weiterer Teil, es trifft dies sogar für sehr wichtig zu, erscheint in neuer Gestalt. Ich bin daher nicht in der Lage, eine erschöpfende Auskunft zu sämtlichen Anfragen zu geben.

Zur Anfrage über die Unfallversicherung kann ich Ihnen mitteilen, daß die Verordnung betr. die Unfallversicherung endgültig verabschiedet ist und schon im nächsten Amtsblatt veröffentlicht werden wird.

Die Knappschaftsvorlage ist in Bearbeitung. Über den Stand der Sache selbst kann ich keine nähere Mitteilung machen. Jedenfalls wird mit Beschleunigung daran gearbeitet.

Zu der Anfrage über den Umbau des alten Gymnasiums in St.Wendel kann ich Ihnen sagen, daß noch weitere Verhandlungen schweben, die bis jetzt noch nicht zum Abschluß gelangt sind.

Was die kommunistische Anfrage über die Lohnangelegenheitennder Eisenbahner anbelangt, so muß ich betonen, daß ich bei dieser sehr wichtigen Frage zunächst eine Begründung vermißt habe. Die Kürze der Zeit hat es mir nicht erlaubt, die notwendigen Unterlagen zu beschaffen. Auch mache ich darauf aufmerksam, daß es nicht möglich sein dürfte, in schwebende Lohnverhandlungen einzugreifen. Ich werde den Antrag des Herrn Abgeordneten Reinhard der zuständigen Stelle weiterleiten.

Die Anfrage über eine Staatshilfe für die Knappschaft ist erst heute vorgetragen worden. Ich kann dazu heute natürlich keine Stellung nehmen, und betrachte sie als eine Anregung, die ich an die zuständige Stelle weiterleiten werde.

Bezüglich der Anfrage betr. den Personalabbau bei der Firma Méguin in Dillingen weise ich darauf hin, daß es, wie Sie wissen, nicht ohne weiteres möglich ist, staatliche Mittel aufzuwenden, um Privatunternehmen zu stützen.

L H Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8

A4

stützen. Soviel mir bekannt ist, hat sich jedoch die Regierungskommission bereits mit der Frage befaßt. Die Verhandlungen darüber sind bis jetzt noch nicht abgeschlossen.

Von den Klagen über Maßregelungen der Ausschußleute hat die Regierungskommission keine Kenntnis. Ich darf Ihnen aber bekannt geben, daß Erwägungen darüber schweben, eine gesetzliche Regelung des Ausschußmänner-Wesens in die Wege zu leiten.

Die Anfrage des Herrn Abgeordneten Hoffmann betr. Kältezulage wird, soviel ich feststellen konnte, als erledigt betrachtet.

Die Anfrage betr. Einführung der durchgehenden Arbeitszeit werde ich weiterleiten, da ich in der kurzen Zeit keine erschöpfende Auskunft bekommen konnte.

In der Frage der Mietpreiserhöhung, für welche die Herren Abgeordneten Schmelzer und Schmoll eingetreten sind, muß ich feststellen, daß der Umrechnungsfaktor für die Mieten nur bis zum Ablauf der gegenwärtigen Verordnung gilt. Es wurde irrtümlicherweise der 1.August genannt. Dies ist aber wieder berichtigt worden. Der Beschluß der Regierungskommission gründet sich auf einen Beschluß der Mietpreisfestsetzungskommission. Bei der Neufestsetzung des Mietpreises können ihre Anregungen berücksichtigt werden; die Frage dürfte bei der Generaldebatte über die Wohnungsvorlage zu eingehenden Erörterungen Anlaß geben.

Es ist dann noch die Frage gestellt worden betr. Erwerbslosenversicherung. Diese Frage ist mir nicht vor der Sitzung mitgeteilt worden, ich lehne die Beantwortung daher ab.

(Zuruf des Abg.Hey(KP): Die Regierungskommission hat noch kein Interesse an den Erwerbslosen gezeigt.)

Vorsitzender : Der Herr Staatskommissar meint, daß die Anfrage nicht angekündigt war.

(Zuruf des Abg.Daub: Wir haben auch eine Meinung!)

(Zuruf des Abg.Hey: Jedenfalls müssen diese Fragen der Regierungskommission bekannt sein !)

Staatskommissar Kuchenbecker: Es ist seinerzeit beschlossen worden, daß Anfragen 3 Tage vor der Sitzung anzumelden sind.

(Zuruf des Abg.Reinhard: Ich habe den Antrag gestellt, daß Minister Koßmann selbst hierher kommen soll!)

Vorsitzender:

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4

Vorsitzender: Es liegt noch der Antrag der Deutsch-Saarländischen Volkspartei betr. Mietpreiserhöhung vor, welcher lautet:

"Der Landesrat wolle beschließen, die Regierungskommission wird ersucht, umgehend einen Beschluß über die sofortige

Erhöhung der Zwangsmieten

zu fassen, und zwar unabhängig von der Beratung der neuen Wohnungsvorlage.

Begründung:

Am 1.Juni d.J. tritt die neue Aufwertungsverordnung in Kraft. In Anbetracht der Tatsache, daß die Verzinsung der neuen Aufwertungshypotheken bereits rückwirkend ab 1.Januar 1928 zu erfolgen hat, tritt eine fühlbare Mehrbelastung eines großen Teiles des saarländischen Hausbesitzes ein, die aus den laufenden Mieteinnahmen unmöglich bestritten werden kann, zumal die bisherigen Mieten ohne diese neue Belastung bereits durchaus unzureichend sind.

Wir erwarten daher von der Regierungskommission, daß sie nunmehr angesichts der neuen Lage schon unabhängig von der Beratung der neuen Wohnungsvorlage umgehend einen Beschluß über die sofortige Erhöhung der Zwangsmieten faßt."

Ich muß darauf hinweisen, daß gewünscht worden ist, diesen Antrag in die Kommission für Wohnungswesen zu verweisen.

(Zuruf des Abg.Schmelzer: einverstanden!)

Dann hat die Kommunistische Fraktion beantragt, die Vorgänge am 1.Mai in Berlin hier zur Debatte zu stellen. In der Fraktionsführerbesprechung hat sich keinerlei Zustimmung hiefür ergeben, und ich bin infolgedessen nach der bisherigen Gepflogenheit nicht in der Lage, die Aussprache zuzulassen. Wir haben es bisher immer so gehalten, daß solche Fragen nur erörtert werden konnten, wenn vorher der ganze Landesrat damit einverstanden war. Dies ist hier nicht der Fall. Infolgedessen bin ich nicht in der Lage, die Debatte zu eröffnen, und schließe die Sitzung.

(Zuruf des Abg.Daub: Wir lassen diese Schiebung in Zukunft nicht mehr zu.)

Schluß der Sitzung 10^{45} Uhr.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 8
A4